

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrspolitik

Nr. 480/11 vom 11. November 2011

Johannes Callsen und Jens-Christian Magnussen zum Schleusenneubau in Brunsbüttel: Endlich!!!

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, und deren wirtschaftspolitischer Sprecher, Jens-Christian Magnussen, haben das Ergebnis der gestrigen (10. November 2011) „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begrüßt. Der Haushaltsausschuss hatte in seiner Sitzung die notwendigen Haushaltsmittel für den Neubau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel bereitgestellt:

„Endlich!!! Der Einsatz und die Mobilisierung einer ganzen Region haben sich gelohnt“, erklärten Callsen und Magnussen.

Seit Monaten hatten die Landesregierung mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wirtschaftsminister Jost de Jager an der Spitze, CDU-Landtagsfraktion und die CDU-Bundestagsgruppe gemeinsam die unbedingte Notwendigkeit des Neubaus in Berlin deutlich gemacht.

Dabei wurde auch der Schulterschluss mit den anderen Nordländern gesucht und gefunden. So mahnten noch am 19. Oktober 2011 die zuständigen CDU-Sprecher der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg auf Initiative von Jens-Christian Magnussen in einer gemeinsamen Resolution „Nord-Ostsee-Kanal als leistungsfähige Schifffahrtsverbindung erhalten – Funktionsfähigkeit der Schleusen in

Brunsbüttel sicherstellen“ die Finanzierung der Maßnahme an. Auch der Hamburger CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich versprach nach einem Besuch in Kiel, sich für die Finanzierung einzusetzen.

„Das zeigt, dass der Norden in der Verkehrspolitik gemeinsam viel bewegen kann, wenn er zusammen hält. Wir wollen und wir werden deshalb die Zusammenarbeit weiter vertiefen“, betonte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen hob die Bedeutung eines funktionsfähigen Nord-Ostsee-Kanals auch für das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschland hervor:

„Mit maroden Schleusenanlagen aus der Wilhelminischen Ära macht Deutschland keine Werbung für sich als Wirtschaftsstandort. Ich bin deshalb froh, dass der Spuk bald ein Ende hat“, so der Brunsbütteler Abgeordnete.